

Stand: 24.06.2026 06:40:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/64

"NSA-Abhörskandal: Verstrickung deutscher Behörden und Informationsstand der Bayerischen Staatsregierung - Auswirkungen auf Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/64 vom 12.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/316 des KI vom 05.12.2013
3. Beschluss des Plenums 17/477 vom 28.01.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 28.01.2014



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Eva Gottstein, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

NSA-Abhörskandal: Verstrickung deutscher Behörden und Informationsstand der Bayerischen Staatsregierung – Auswirkungen auf Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:
Bayern und die Bundesrepublik Deutschland werden von einem Abhörskandal erschüttert, der noch nicht einmal vor der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland haltmacht. Offensichtlich überwacht die USA als befreundeter NATO-Staat sogar das Handeln der Bundesregierung und dokumentiert damit sein Misstrauen gegenüber der deutschen Politik. Auch Großbritannien steht in dem Verdacht, ebenso zu handeln. Damit nicht genug: Mit dem Bundesnachrichtendienst steht auch eine deutsche Behörde im Verdacht, zu diesen Fällen der Auslandsspionage Hilfestellung geleistet zu haben.
Der Landtag verurteilt diese Art der „Informationsbeschaffung“, dieses „Ausspähen unter Freunden“, das Handeln früherer Bundesregierungen und die Untätigkeit der amtierenden Bundesregierung, sowie insbesondere die Mitwirkung deutscher Behörden, aufs Schärfste.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich dem Landtag schriftlich und mündlich zu folgenden Fragestellungen Bericht zu erstatten:
 - a) Welche Personen und Institutionen in Bayern bzw. mit Verbindungen zu Bayern abgehört worden sind oder aktuell noch abgehört werden?
 - b) Wer hat die jeweiligen Stellen bzw. Personen abgehört?
 - c) Gibt es Erkenntnisse darüber, dass auch weitere Staaten, außer den in Ziffer 1 genannten, in Deutschland Daten ausspähen?

- d) Welche Behörden der Bundesrepublik Deutschland bzw. des Freistaats Bayern haben dabei mit ausländischen Geheimdiensten oder Staaten kooperiert oder sie sonst in ihrer Tätigkeit unterstützt? Wie erfolgte diese Unterstützung?
- e) Auf welcher Rechtsgrundlage werden Angehörigen ausländischer Geheimdienste in Deutschland tätig? Ist es richtig, dass im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika eine Verwaltungsvereinbarung von 1968, sowie mehrere als „streng geheim“ eingestufte Absichtserklärungen die Grundlage bilden (Bericht des Nachrichtenmagazins Stern vom 7. Juli 2013)? Gibt es auch mit anderen Staaten derartige Vereinbarungen? Wenn ja, welche?
- f) Sind die oben genannten Rechtsgrundlagen mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vereinbar, insbesondere diejenigen, wonach Grundrechtseingriffe nur aufgrund eines förmlichen Parlamentsgesetzes erfolgen dürfen?
- g) Gehen die geheimdienstlichen Tätigkeiten zumindest auch vom Territorium des Freistaats Bayern aus? Welche Rolle spielen die Bundeswehreinrichtungen in Bad Aibling und Gablingen? Welche Rolle spielen die US-Amerikanischen Militärstützpunkte in Bayern in diesem Zusammenhang? Von wo aus operierten deutsche Behörden, wenn sie Hilfestellung geleistet haben? Welche Rolle spielten in diesem Zusammenhang die Firma „Level 3“, welche das Stadtnetz in München und anderen deutschen Großstädten betreibt, oder andere ausländische Firmen bei der Informationsbeschaffung? Welche Konsequenzen beabsichtigt der Freistaat Bayern zu ziehen, sollte sich herausstellen, dass „Level 3“ den Betrieb des Stadtnetzes in München zu rechtswidriger geheimdienstlicher Tätigkeit nutzt? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um dies zukünftig zu unterbinden, bis hin zum Entzug der Erlaubnis, das Netz weiter zu betreiben?
- h) Wie ist der Stand der Vorermittlungen des Generalbundesanwalts gegen Angehörige des Bundesnachrichtendienstes wegen des Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeiten gegen die Bundesrepublik Deutschland? Gibt es auch Ermittlungen gegen Angehörige ausländischer Geheimdienste? Sieht die Staatsregie-

rung den Anfangsverdacht strafbaren Handelns bei Personen, die deutschen Behörden/Organisationen bzw. ausländischen Behörden/Organisationen angehören, als gegeben an? Welche Konsequenzen zieht sie heraus?

- i) Anfragen bei den damals zuständigen Staatsministern Joachim Herrmann und Dr. Beate Merk haben ergeben, dass die Staatsregierung über geheimdienstliche Tätigkeit auf dem Gebiet des Freistaats Bayern weitgehend uninformiert war. Dies war auch das Ergebnis der Aktuellen Stunde der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion am 16. Juli 2013. Hat sich die Staatsregierung zwischenzeitlich darum bemüht, ihr Informationsdefizit zu beseitigen und die erforderlichen Kenntnisse zu verschaffen? Waren diese Bemühungen von Erfolg gekrönt? Wie ist sichergestellt, dass der Bayerische Staatsminister des Innern über Vorgänge im Freistaat den gleichen Informationsstand besitzt, wie die Bundesminister des Innern und der Verteidigung?

- j) Gibt es außerhalb dieser geheimdienstlichen Spionage auch weitere signifikante Gefahren für die Kommunikationsdaten, Kommunikationsinhalte und die in EDV-Systemen gespeicherten vertraulichen Informationen
1. der bayerischen Behörden,
 2. der bayerischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen,
 3. der bayerischen Wirtschaft,
 4. der bayerischen Bürgerinnen und Bürger?
- k) Welche Anstrengung, auch im Bereich der IT-Entwicklung, unternimmt die Staatsregierung, um sich und andere Netznutzer wirksam zu schützen?
- l) Wie stellt sich die Staatsregierung zur Forderung der FREIEN WÄHLER, keinerlei zwischenstaatliche Abkommen mit den USA und anderen Staaten abzuschließen, solange nicht verbindliche und kontrollierbare Vereinbarungen über die Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit abgeschlossen werden?



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/64

NSA-Abhörskandal: Verstrickung deutscher Behörden und Informationsstand der Bayerischen Staatsregierung - Auswirkungen auf Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Nr. 1 sowie die Ordnungszahl „2.“ vor den Worten „Die Staatsregierung wird aufgefordert“ gestrichen werden.

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatter: **Manfred Ländner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 02. Sitzung am 13. November 2013 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 02. Sitzung am 26. November 2013 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 04. Sitzung am 5. Dezember 2013 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Eva Gottstein, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/64, 17/316

NSA-Abhörskandal: Verstrickung deutscher Behörden und Informationsstand der Bayerischen Staatsregierung – Auswirkungen auf Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich dem Landtag schriftlich und mündlich zu folgenden Fragestellungen Bericht zu erstatten:

- Welche Personen und Institutionen in Bayern bzw. mit Verbindungen zu Bayern abgehört worden sind oder aktuell noch abgehört werden?
- Wer hat die jeweiligen Stellen bzw. Personen abgehört?
- Gibt es Erkenntnisse darüber, dass auch weitere Staaten, außer den USA, in Deutschland Daten ausspähen?
- Welche Behörden der Bundesrepublik Deutschland bzw. des Freistaats Bayern haben dabei mit ausländischen Geheimdiensten oder Staaten kooperiert oder sie sonst in ihrer Tätigkeit unterstützt? Wie erfolgte diese Unterstützung?
- Auf welcher Rechtsgrundlage werden Angehörige ausländischer Geheimdienste in Deutschland tätig? Ist es richtig, dass im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika eine Verwaltungsvereinbarung von 1968 sowie mehrere als „streng geheim“ eingestufte Absichtserklärungen die Grundlage bilden (Bericht des Nachrichtenmagazins Stern vom 7. Juli 2013)? Gibt es auch mit anderen Staaten derartige Vereinbarungen? Wenn ja, welche?

- Sind die oben genannten Rechtsgrundlagen mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vereinbar, insbesondere diejenigen, wonach Grundrechtseingriffe nur aufgrund eines förmlichen Parlamentsgesetzes erfolgen dürfen?
- Gehen die geheimdienstlichen Tätigkeiten zumindest auch vom Territorium des Freistaats Bayern aus? Welche Rolle spielen die Bundeswehreinrichtungen in Bad Aibling und Gablingen? Welche Rolle spielen die US-amerikanischen Militärstützpunkte in Bayern in diesem Zusammenhang? Von wo aus operierten deutsche Behörden, wenn sie Hilfestellung geleistet haben? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Firma „Level 3“, welche das Stadtnetz in München und anderen deutschen Großstädten betreibt, oder andere ausländische Firmen bei der Informationsbeschaffung? Welche Konsequenzen beabsichtigt der Freistaat Bayern zu ziehen, sollte sich herausstellen, dass „Level 3“ den Betrieb des Stadtnetzes in München zu rechtswidriger geheimdienstlicher Tätigkeit nutzt? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um dies zukünftig zu unterbinden, bis hin zum Entzug der Erlaubnis, das Netz weiter zu betreiben?
- Wie ist der Stand der Vorermittlungen des Generalbundesanwalts gegen Angehörige des Bundesnachrichtendienstes wegen des Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeiten gegen die Bundesrepublik Deutschland? Gibt es auch Ermittlungen gegen Angehörige ausländischer Geheimdienste? Sieht die Staatsregierung den Anfangsverdacht strafbaren Handelns bei Personen, die deutschen Behörden/Organisationen bzw. ausländischen Behörden/Organisationen angehören, als gegeben an? Welche Konsequenzen zieht sie hieraus?
- Anfragen bei den damals zuständigen Staatsministern Joachim Herrmann und Dr. Beate Merk haben ergeben, dass die Staatsregierung über geheimdienstliche Tätigkeit auf dem Gebiet des Freistaats Bayern weitgehend uninformiert war. Dies war auch das Ergebnis der Aktuellen Stunde der FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion am 16. Juli 2013. Hat sich die Staatsregierung zwischenzeitlich darum bemüht, ihr Informationsdefizit zu beseitigen und die erforderlichen Kenntnisse zu verschaffen? Waren diese Bemühungen von Erfolg gekrönt? Wie ist sichergestellt, dass der Bayerische Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr über Vorgänge im Freistaat den gleichen Informationsstand besitzt, wie die Bundesminister des Innern und der Verteidigung?

- j) Gibt es außerhalb dieser geheimdienstlichen Spionage auch weitere signifikante Gefahren für die Kommunikationsdaten, Kommunikationsinhalte und die in EDV-Systemen gespeicherten vertraulichen Informationen
1. der bayerischen Behörden,
 2. der bayerischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen,
 3. der bayerischen Wirtschaft,
 4. der bayerischen Bürgerinnen und Bürger?
- k) Welche Anstrengung, auch im Bereich der IT-Entwicklung, unternimmt die Staatsregierung, um sich und andere Netznutzer wirksam zu schützen?

- l) Wie stellt sich die Staatsregierung zur Forderung der FREIEN WÄHLER, keinerlei zwischenstaatliche Abkommen mit den USA und anderen Staaten abzuschließen, solange nicht verbindliche und kontrollierbare Vereinbarungen über die Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit abgeschlossen werden?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Katharina Schulze

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Manfred Ländner

Abg. Bernhard Pohl

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen nun zu den **Tagesordnungspunkten 9 bis 12:**

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufklärung NSA-Spähaffäre und Aufnahme von Edward Snowden in Deutschland (Drs. 17/51)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

Abhörtätigkeiten in Bayern (Drs. 17/60)

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Manfred Ländner, Norbert Dünkel u. a. (CSU)

Freiheit, Verantwortung und Vertrauen in einer vernetzten Welt (Drs. 17/62)

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

NSA-Abhörskandal: Verstrickung deutscher Behörden und Informationsstand der Bayerischen Staatsregierung - Auswirkungen auf Bayern (Drs. 17/64)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Als erste Rednerin sehe ich auf dem Bildschirm Frau Katharina Schulze von den GRÜNEN. Ist das richtig? – Gut, dann haben Sie das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Zitat:

Auch wenn man den Geheimdienst eines demokratischen Staates nicht mit der Stasi gleichsetzen kann, so ist es doch inakzeptabel, dass Millionen von Bürgern – darunter auch Familienmitglieder und Freunde – anfangen, sich am Telefon ähnlich zu verhalten, wie wir das früher in der DDR getan haben. Wenn es so weit gekommen ist, (...) ist die Verhältnismäßigkeit zwischen den erwünschten Abwehrmaßnahmen gegen terroristische Bedrohung und der Freiheit offensichtlich aus dem Blick geraten.

Das hat Bundespräsident Joachim Gauck vor ein paar Tagen gesagt. Und er hat mit seinem Urteil über den NSA-Skandal, den größten Datenschutz- und Grundrechtskandal der Geschichte, völlig recht.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erst heute konnte man wieder in der Presse lesen, dass die Geheimdienste nicht nur die Telekommunikations- und Bewegungsdaten von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern überwachen. Nein, sie haben auch noch Zugriff auf die Kartendienste und sogar auf Smartphone-Apps. Da war als Beispiel genannt, dass die Anwendung des Spiels "Angry Birds" nun auch überwacht wird. Mir muss irgendwann einmal jemand erklären, was das mit Sicherheitsinteressen oder der Terrorabwehr zu tun hat, wenn nachverfolgt wird, wer das Spiel "Angry Birds" wann und wo spielt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr Überwachung schafft nicht mehr Sicherheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bisher habe ich von staatlicher Seite leider noch nichts von zielführenden Aktionen dagegen vernommen. Erst wird versucht, die Affäre kleinzureden. Dann beendet Herr Pofalla die ganze Sache, bis dann doch dummerweise herauskommt, dass auch das Privathandy der Bundeskanzlerin abgehört wird. Dann wird aber ein bilaterales No-Spy-Abkommen angesetzt. Ein bisschen blöd ist dabei nur, wenn der Partner, mit dem man zu verhandeln denkt, kurz danach erklärt, dass sich an der massenhaften Über-

wachung gar nichts ändert. Wenn dann auch noch der ehemalige Innenminister Friedrich zum Ende seiner Amtszeit verkündet, dass er, ich zitiere, wichtigere Themen als die NSA-Affäre hatte, dann kann man mit gesundem Menschenverstand nur den Kopf schütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Manchmal habe ich das Gefühl, dass viele das Ausmaß des Problems noch gar nicht erkannt haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch Geheimdienste und bestimmte Konzerne wird der grundrechtlich verbriefte Datenschutz erodiert. Staatliche Überwachungsprogramme wie PRISM oder Tempora rühren am Kern unserer Verfassung, am Kern unseres Rechtsstaates.

Ich frage mich: Kann es in einem freiheitlichen Rechtsstaat massenhafte und vor allem anlasslose Erfassung von Kommunikations- und Bewegungsdaten aller Bürgerinnen und Bürger geben? Nein, kann es nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Denn wer beobachtet wird, ist nicht frei. Die Staatsregierung hat eine klare Aufgabe: Die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, die Kommunikation von Abgeordneten, von Journalistinnen und Journalisten und die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen und Firmen dieses Landes – denn ja, es geht dabei auch um das Thema Wirtschaftsspionage – müssen von ihr geschützt werden.

Da, liebe CSU, reicht es in meinen Augen nicht, wenn man nur ein schön klingendes "Maßnahmenkonzept für Freiheit, Verantwortung und Vertrauen in einer vernetzten Welt" verabschiedet. Und da reicht es auch nicht, wie wir im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit gehört haben, dass Bürgerinnen und Bürger bitte ihre E-Mails besser verschlüsseln sollen. Es gibt auch eine Bringschuld des Staates. Wir brauchen endlich auch ein starkes politisches Signal an die Staaten, die weiterhin denken, sie könnten uns allen mit ihren Geheimdiensten auf der Nase herumtanzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt komme ich zu unserem Antrag. Mir ist es besonders wichtig, dass wir heute diesen Antrag beschließen und als Bayerischer Landtag ein starkes Signal aussenden. Wir, der Bayerische Landtag, nehmen damit nämlich den Schutz der Rechte der Bürgerinnen und Bürger ernst. Wir als Bayerischer Landtag verteidigen die informationelle Selbstbestimmung und das Recht auf Privatsphäre sowie auf ungestörte Meinungsbildung und Kommunikation. Wir als Bayerischer Landtag stellen fest, dass die Praxis der wahllosen Überwachung und Speicherung von Telekommunikationsdaten und Inhalten der Bevölkerung durch Geheimdienste rechtswidrig ist. Deswegen fordern wir in unserem Antrag auch, dass die Bayerische Staatsregierung sich auf Bundesebene nach Kräften dafür einsetzt, dass Edward Snowden sichere Aufnahme in Deutschland nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes bekommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist wirklich eine Schande für die Rechtsstaaten in der westlichen Welt, dass Snowden im Moment nur in Moskau Zuflucht findet.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Wir sind diesem Mann für seinen Mut, den Machtmissbrauch staatlicher Institutionen öffentlich zu machen und somit eine demokratische Debatte darüber zu ermöglichen, zu Dank verpflichtet. Die Riege der Ministerinnen und Minister hier sagt immer, dass sie einen superguten Draht nach Berlin hat. Dann erwarte ich auch, dass dieser gute Draht und diese enge Zusammenarbeit dort auch genutzt werden und dass man sich dafür einsetzt, dass dieser Mann hier sicheren Aufenthalt bekommt, damit wir ihn befragen können, damit wir wissen, was wir gegen die anlasslose und massenhafte Überwachung von uns Bürgerinnen und Bürgern machen können, und damit wir endlich auch mehr Informationen darüber bekommen, wie unsere Geheimdienste in diesen Datenringtausch eingebunden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Irgendwann kommt es zum Schwur, und dann muss man sich entscheiden, auf wessen Seite man steht. Ich finde, dabei müssen wir als Volksvertreterinnen und Volksvertreter immer auf der Seite der Freiheit und der Rechte der Bürgerinnen und Bürger stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Frau Kollegin. – Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Professor Dr. Peter Paul Gantzer von der SPD.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit bei meinen späteren Ausführungen kein Irrtum aufkommt, stelle ich klar: Was NSA und andere Geheimdienste gemacht haben und machen, das ist schlichtweg eine Sauerei!

(Beifall bei der SPD)

Es ist so, als ob ich einen guten Nachbarn hätte, mit dem ich befreundet bin, und dann stelle ich fest, der überwacht meinen Postkasten und liest jeden Tag meine Post.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Das ist wirklich eine Überschreitung vieler, vieler Grenzen: Grenzen des Anstandes, Grenzen der Freundschaft. Ich sage einfach nur: Ich bedaure es, dass die Bundeskanzlerin auf das, was sie erfahren hat, nur lasch reagiert hat.

Leider, muss ich sagen, können wir dem Antrag der GRÜNEN wegen des Punkts eins nicht zustimmen. Da war Frau Schulze nicht belehrbar. Sie hat beantragt, dass wir feststellen sollen, dass die wahllose Überwachungsspeicherung nicht zulässig sein soll; aber die ausgewählte, also die nicht wahllose, Überwachung ist danach zulässig. Wir haben gesagt, es ist nicht immer rechtswidrig, vor allem nicht, wenn es in Amerika stattfindet. Das sollte man doch auf Deutschland beschränken.

Und das Letzte ist: Sie haben den Antrag nur auf Geheimdienste bezogen, aber es gibt eben vor allem in Indonesien Champions, was das Hacken betrifft. Da gibt es die sogenannten Cyber-Söldner, die Daten hacken und sie dann verkaufen. Auch darauf hätte der Antrag sich erstrecken sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Entscheidende, was wir mit unserem Berichtsantrag wollen, ist, dass einmal richtig aufgeräumt wird. Einige Dinge, die die Frau Kollegin gesagt hat, wollen wir damit auch aufnehmen, nämlich zum einen die Frage, was denn eigentlich unser Geheimdienst gemacht hat. Was hat unser Landesamt für Verfassungsschutz gemacht? Wenn ich in den entscheidenden Sitzungen höre, dass der Präsident sagt, wir wissen, dass östliche Geheimdienste uns abzuhören versuchen, aber für den Westen haben wir keine Erkenntnisse, dann sage ich nur: Dann scheint unser Landesamt auf dem westlichen Auge blind zu sein. Das kann doch wohl nicht sein! Denn bei dieser Masse von Abhörungen müsste eigentlich auch unser eigenes Amt Bescheid wissen.

(Beifall bei der SPD)

Wie ist die Wirklichkeit? Die Wirklichkeit ist in allen Ländern so, dass die Daten von Ausländern vogelfrei sind. Sie werden in den Ländern selbst, ob in den USA, Great Britain, Russland oder China, abgegriffen, weil der Schutz an der Landesgrenze endet und die Leitungen zum Beispiel durch die USA führen. Dann werden die Daten dort gespeichert. Es ist für den US-Staat oder Großbritannien legal, wenn sie dies tun.

Deswegen haben wir gesagt, dass der Schwerpunkt nicht nur auf der Klage, sondern auf der Cyber-Sicherheit liegen muss. Wir müssen etwas dafür tun. Nehmen wir einmal den jüngsten Fall: Sie haben sicherlich gelesen, dass Datendiebe 16 Millionen E-Mail-Kontakte samt Passwörtern geknackt haben. Gott sei Dank hat unser Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, das BSI, eine diesbezügliche Warnung herausgegeben. Alle, die das gelesen haben, dachten, sie könnten sich beim BSI erkundigen. Das hat beim BSI dazu geführt, dass die Computer zusammengebrochen sind

und keine Auskünfte mehr gegeben werden konnten. So viel zur Lage der Cyber-Sicherheit bei uns.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen einen einheitlichen europäischen Datenschutz. Das ist der erste Punkt, der wichtig ist. Amerikanische und andere ausländische Unternehmen müssten sich dann an unsere Standards halten. Wie sieht jedoch die Wirklichkeit aus? Die Novelle zur Europäischen Datenschutzverordnung, die wir auf den Weg gebracht haben, wird bis zu den kommenden Europawahlen nicht mehr verabschiedet werden. Wir wissen gar nicht, wann das überhaupt der Fall sein wird.

Ein zweiter Punkt: Die NSA greift Handy-Daten ab, auch Daten von Spielen. Das tut jedoch nicht nur die NSA, sondern auch die Konzerne. Davon wird viel zu wenig gesprochen. Die NSA greift Daten für die nationale Sicherheit ab; die großen Konzerne, zum Beispiel Google, greifen alle unsere Daten aus Geschäftsinteressen ab. Was ist eigentlich schlimmer? Ich würde sagen, beides ist gleich schlimm.

Hier müssen wir einhaken, damit das nicht so weitergeht. Die Geheimdienste und die Konzerne, die im Augenblick über unsere Daten bestimmen und uns zu Daten-Sklaven machen, müssen dadurch an die Kandare genommen werden, dass wir unsere Souveränität wiederherstellen. Die Benutzer müssen wieder souverän über ihre Daten bestimmen können, nicht Geheimdienste oder große Konzerne. Deswegen sind wir der Meinung, dass Datensouveränität der Schwerpunkt in dieser Angelegenheit sein muss. Die NSA sollte uns zum Nachdenken bringen. Wir sollten das Vorgefallene scharf verurteilen. Die Konsequenz muss aber sein, dass wir alle unsere eigenen Daten wieder besser schützen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Sie darüber in Kenntnis setzen, dass zum Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/51 von der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Jetzt hat der nächste Redner, Herr Kollege Manfred Ländner von der CSU, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Manfred Ländner (CSU): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vier Anträge lagen dem Innenausschuss des Bayerischen Landtags zur Beratung vor. Wir werden den Anträgen der SPD sowie der FREIEN WÄHLER und natürlich unserem eigenen Antrag in der vom Innenausschuss am 13. November beschlossenen Fassung zustimmen. Den Antrag der GRÜNEN werden wir auch heute wieder aus denselben Gründen, die mein Vorredner, Herr Professor Dr. Gantzer, genannt hat, ablehnen. Ich darf mich seinen Worten anschließen.

Jawohl, es ist richtig und wichtig, dass die Staatsregierung im Innenausschuss des Bayerischen Landtags über das berichtet, was gemacht wird und was gemacht werden kann. Ich darf sagen, dass wir über die bekannt gewordenen Aktivitäten der NSA ebenso empört und schockiert sind wie Sie alle in diesem Hohen Hause. Wir sind darüber empört und schockiert, dass befreundete Staaten dieses Instrument benutzen; insbesondere auch deshalb, weil wir uns nur grob vorstellen können, was nicht befreundete Staaten mit unseren Daten anstellen werden. Von daher ist es für uns wichtig, dass wir eindeutig feststellen, dass Ausspäh-Aktivitäten nicht hinnehmbar sind und dem Selbstverständnis eines freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens eindeutig widersprechen.

Wir haben bereits erste Schritte eingeleitet. Der Maßnahmenkatalog der Bayerischen Staatsregierung umfasst dreizehn Punkte. Wir haben am 27. November letzten Jahres im Innenausschuss bereits einen mündlichen Bericht gehört. Aufgrund der Anträge wird ein schriftlicher Bericht folgen.

Signale auszusenden, ist wohl wichtig. Hier stimme ich Frau Schulze natürlich zu. Wir können es aber nicht bei Signalen belassen. Sehr geehrte Frau Schulze, natürlich steht es Ihnen zu, die Empörungskultur etwas mehr zu pflegen als die CSU. Sie machen das auch in hervorragender Art und Weise. Ich freue mich darüber. Eine Empö-

rungs-Kultur ist aber nicht ausreichend, weil man, wenn man in der Regierungsverantwortung steht, Antworten braucht, die den Bürgerinnen und Bürgern gegeben werden müssen. Antworten sind oftmals in Gesetzen niedergelegt. Wir können natürlich in unserem Staatsgebiet Gesetze beschließen und anwenden. Was machen wir aber mit anderen Staaten? Was machen wir in einer globalisierten Welt?

Wir müssen in der Diplomatie Signale aussenden, wir müssen uns aber auch selbst schützen. Ich nenne als banales Beispiel den Verkehr: Im 17. Jahrhundert hat sich keiner um Autos gekümmert. Mittlerweile gibt es Autos, und wir alle haben uns inzwischen daran gewöhnt, dass wir einen Sicherheitsgurt anlegen. Wir alle haben uns daran gewöhnt, beim Motorradfahren, inzwischen fordert man es auch für das Fahrradfahren, einen Helm aufzusetzen. Das sind normale Fortschritte einer Gesellschaft. Wir müssen unseren Schwerpunkt in der Forschung und in der Entwicklung darauf legen, unsere eigenen Daten sicher zu machen. Ich bitte Sie, diesen Gedanken nicht abzuwerten.

Wir feiern heute, am 28. Januar, nicht nur den 65. Jahrestag des Einzugs des Parlaments ins Maximilianeum, sondern auch den 1.200. Todestag von Karl dem Großen. Ich darf feststellen, dass Karl der Große sein Land regiert hat, indem er umhergeritten ist. Ich gestatte mir die Bemerkung, dass sich die Informationstechnologie von Karl dem Großen bis in die Achtzigerjahre hinein nicht so rasant entwickelt hat, wie sie dies in den letzten 25 bis 30 Jahren getan hat. Hier brauchen wir Antworten der Forschung, wir brauchen Antworten der Technik, wir brauchen aber auch Antworten des Gesetzgebers. Hierzu dienen diese Berichte. Ich freue mich darauf, und ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit im Sinne der Datensicherheit unserer Bürger.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Manfred der Große hat gesprochen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier im Bayerischen Landtag über Fragen des Datenschutzes, manchmal möglicherweise etwas übertrieben, wenn es um Feinheiten und Kleinigkeiten geht. Wenn man sich aber überlegt, was im vergangenen Jahr mit dem NSA-Abhörskandal zutage getreten ist, sprengt das doch das Vorstellungsvermögen der meisten in diesem Hause.

Herr Professor Dr. Gantzer, natürlich haben Sie recht: Geheimdienste haben gewisse Sonderstellungen und maßen sich gewisse Sonderrechte an. Sie haben auch recht, dass Nordkorea viel schlimmer ist als die USA. Herr Kollege Gantzer, Nordkorea gilt jedoch in der Diktion der USA als sogenannter Schurkenstaat. Die USA sind dagegen ein mit uns seit Jahrzehnten befreundetes NATO-Mitglied. Da meine ich, muss man andere Maßstäbe anlegen.

Was glauben Sie, wäre los gewesen, wenn der deutsche Geheimdienst den amerikanischen Präsidenten abgehört hätte? Ich glaube, das weltweite Echo wäre so gewesen, dass es in Deutschland zu einer Regierungskrise gekommen wäre.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das tun wir doch! Die merken es nur nicht!)

Von einer Regierungskrise in den Vereinigten Staaten habe ich nichts bemerkt.

Der mündliche Bericht im Ausschuss war nicht sehr aussagekräftig. Ich hoffe, dass der schriftliche Bericht umfassender und umfangreicher sein wird. Wir wollen wissen, wer abgehört wurde bzw. wird. Diese Frage beschränken wir anders als die GRÜNEN nicht nur auf die USA, sondern erstrecken sie auch auf andere Staaten. Wir wollen auch wissen, welche Rolle der Bundesnachrichtendienst in dieser Angelegenheit spielt. Eine Spezialität dieser Angelegenheit ist es, dass uns nicht nur die Amerikaner

ausspähen, sondern offensichtlich auch unser eigener Bundesnachrichtendienst hierzu Hilfe leistet. Wir wollen wissen, gegen wen der Bundesanwalt ermittelt und was vom Territorium des Freistaates Bayern ausgegangen ist oder was hier passiert ist. Nicht zuletzt wollen wir wissen, ob die Informationsdefizite, die bei der Bayerischen Staatsregierung im Frühsommer letzten Jahres noch bestanden haben, inzwischen etwas reduziert werden konnten.

Meine Damen und Herren, ich finde es etwas schade, dass die Ziffer 1 unseres Antrags nicht mehrheitsfähig war. In der Tat ist es empörend, was mit Deutschland und mit der Bundeskanzlerin passiert ist. Wir haben die Ziffer 1 gestrichen. Wir werden uns bei den Anträgen der SPD und der CSU enthalten, aber nicht deswegen, weil die Anträge falsch sind, sondern weil darin durchklingt, dass das Verhalten der Amerikaner rechtmäßig gewesen sein könnte. Es mag dafür zwar eine formelle Rechtsgrundlage geben, an der die Bundesrepublik Deutschland in Gestalt von Herrn Steinmeier beteiligt war. Aber auch eine formelle Rechtsgrundlage bedeutet noch nicht per se, dass das Handeln von dieser Rechtsgrundlage gedeckt ist. Das muss im Einzelfall schon auch noch untersucht werden. Deswegen ist der Antrag der GRÜNEN für uns im Grunde genommen zustimmungsfähig.

Allerdings ist Ziffer 2 b, in der die Vorratsdatenspeicherung angesprochen wird, nicht zustimmungsfähig. Die Vorratsdatenspeicherung hat in diesem Antrag nichts zu suchen. Das, was die Amerikaner gemacht haben, geht weit über das hinaus, was irgendein ernst zu nehmender Politiker in Deutschland beim Thema Vorratsdatenspeicherung vertritt. Kein Mensch würde das, was vonseiten der Amerikaner betrieben wurde, bei deutschen Behörden tolerieren. Es kann nicht angehen, dass wir unseren Sicherheitsbehörden Fesseln anlegen, weil sich andere falsch verhalten haben. Wenn Sie Ihren Antrag aufteilen, würden wir der Nummer 2 b nicht zustimmen, dem Rest würden wir aber zustimmen.

Ein Wort noch zu Snowden. Man mag sagen, die Aufnahme geht so, wie Sie es formuliert haben, etwas zu weit. Das Signal, dass Snowden wertvolle Dienste geleistet

hat, können wir unterstreichen. Dass er nach Deutschland kommt, um uns bei der Aufklärung zu helfen, ist sicherlich auch richtig und wichtig. Wenn Sie Ihren Antrag aufteilen, werden wir dem Rest zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danken schön, Herr Kollege. Als Letzter hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Überwachung globaler Kommunikationsnetze berührt zweifellos elementare Grundlagen unserer modernen Gesellschaft. Wir haben seitens des Innenministeriums schon im November dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport aus Anlass der heute zu verabschiedenden Anträge mündlich über die Vorgänge und Schlussfolgerungen aus der Sicht der Staatsregierung berichtet. In Ergänzung dieses mündlichen Berichts werden wir wie vereinbart voraussichtlich bis Ende Februar einen schriftlichen Bericht vorlegen. Alles das ist richtig und notwendig, um gemeinsam im Landtag bewerten und entscheiden zu können, wie wir die Sicherheit unserer Bürger und unserer Unternehmen in einer vernetzten Welt besser gewährleisten können, wie wir den Schutz verbessern können.

Wir müssen vor allem – darin stimme ich völlig mit Herrn Kollegen Gantzer überein – die Eigensicherung und die Immunisierung möglicher Angriffsziele in unserem Land in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen für mehr Sicherheit der Bürger und der Unternehmen stellen. Im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte standen in den letzten Monaten die Erkenntnisse darüber, welche Ausspähungen seitens amerikanischer Nachrichtendienste offensichtlich oder angeblich betrieben wurden. Da gilt auch das, was die Kanzlerin sehr treffend mit wenigen Worten zusammengefasst hat: "Abhören unter Partnern, abhören unter Freunden, das geht schon gar nicht." Hier fehlt es in der Tat auch an der Moral zwischen Partnern und Bündnispartnern.

Auch wenn die Amerikaner in einem Abkommen, das wir anstreben, sich verpflichten sollten, so etwas gegenüber Partnern nicht mehr zu tun, werden die Gefahren für die Unternehmen in unserem Land und für unsere Kommunikation nicht wesentlich geringer. Wir alle wissen, dass noch sehr viele andere Nachrichtendienste weltweit unterwegs sind. Keiner soll glauben, dass wir mit der Sicherheit unserer Kommunikation keine Probleme mehr hätten, wenn die Amerikaner bestimmte Maßnahmen nicht mehr durchführen werden. Deshalb müssen wir in der Tat neue Spielregeln für das Verhalten unter Partnern schaffen.

Gleichzeitig müssen wir die Sicherungsmaßnahmen für die Kommunikation der Privatpersonen, aber auch der öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaftsunternehmen deutlich verbessern. Im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz haben wir das Cyber Allianz Zentrum Bayern geschaffen, welches bereits am ersten Juli letzten Jahres eröffnet worden ist. Das Cyber Allianz Zentrum Bayern unterstützt seitdem tatkräftig die bayerischen Unternehmen und die Betreiber kritischer Infrastrukturen als zentraler Ansprechpartner und als Kompetenzzentrum bei der Prävention und der Abwehr von Bedrohungen aus dem Netz.

Die Staatsregierung hat am 6. November letzten Jahres das Maßnahmenkonzept für Freiheit, Verantwortung und Vertrauen in einer vernetzten Welt beschlossen. Es sieht neben nationalen Anstrengungen zum Schutz der Nutzer auch Maßnahmen auf europäischer und internationaler Ebene vor, für die sich die Staatsregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten einsetzen will. Für mich gilt jedenfalls weiterhin das, was ich in diesem Hohen Haus schon bei der letzten Debatte zu den amerikanischen Ausspähprogrammen festgestellt habe: In einer Gemeinschaft wie der NATO, in der wir gemeinsam für Demokratie und Freiheit eintreten wollen, zählt auch der Schutz unserer Daten zu den gemeinsamen Wertvorstellungen und unverzichtbaren Grundlagen eines vertrauensvollen und partnerschaftlichen Miteinanders. Das muss zweifellos auch die künftigen Verhandlungen insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika prägen. Dies sollten wir gemeinsam engagiert weiterverfolgen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Die 15 Minuten Karenzzeit sind vorbei. Deswegen lasse ich jetzt in namentlicher Form über den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/51 – das ist der Tagesordnungspunkt 9 – in namentlicher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Ich bitte, die Stimmkarten zur Hand zu nehmen. Die Urnen stehen an den bekannten Plätzen. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür sind fünf Minuten vorgesehen. Ich bitte, hernach noch dazubleiben, weil wir weitere Abstimmungen zu erledigen haben. Dann ist die Tagesordnung zu Ende.

(Namentliche Abstimmung von 17.39 bis 17.44 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung.

Wir fahren in der Tagesordnung mit weiteren Abstimmungen fort. – Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir können erst dann geordnet abstimmen, wenn alle die Plätze eingenommen haben. – Wir kommen zur Abstimmung zum Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/60, Tagesordnungspunkt 10. Der federführende Ausschuss empfiehlt auf Drucksache 17/314 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Ich lasse über den Antrag von Abgeordneten der CSU auf Drucksache 17/62, Tagesordnungspunkt 11, abstimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung

mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/315. Wer dem Antrag mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Antrag beschlossen.

Ich lasse jetzt noch über den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 17/64, Tagesordnungspunkt 12, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt auf Drucksache 17/316 Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Nummer 1 sowie die Ordnungszahl "2" vor den Worten "Die Staatsregierung wird aufgefordert" gestrichen werden. Nicht geändert wurde allerdings der sich auf die Nummer 1 beziehende Buchstabe c der bisherigen Nummer 2 des Antrags. Insoweit müssten als Folgeänderung in Buchstabe c noch die Wörter – ich zitiere – "außer den in Ziffer 1 genannten" – Zitatende – durch die Wörter – ich zitiere – "außer den USA" – Zitatende – ersetzt werden.

Wer dem Antrag in der Fassung des federführenden Ausschusses mit der soeben vorgeschlagenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch keine. Dann ist dieser Antrag einstimmig so beschlossen.

Die Tagesordnungspunkte 9 bis 12 sind damit erledigt. Ich warte allerdings immer noch auf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung. Bis wir das haben, kann ich Ihnen außerhalb der Tagesordnung noch Folgendes bekannt geben: nämlich dass am 4. Dezember 2013 Herr Abgeordneter Dr. Otmar Bernhard zum Vorsitzenden sowie Herr Professor Dr. Peter Paul Gantzer zum stellvertretenden Vorsitzenden der G 10-Kommission gewählt wurden.

Das Parlamentarische Kontrollgremium hat am 5. Dezember 2013 Herrn Abgeordneten Jürgen W. Heike zum Vorsitzenden und Herrn Abgeordneten Franz Schindler zum stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich denke, dass wir in Kürze das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung vorliegen haben. Wie ich mich überzeugt habe, sind dafür neue Stimmkarten verwendet worden. Ich hoffe, dass diese problemlos durch die Zählmaschine gelaufen sind und ein zuverlässiges Ergebnis produziert haben. Jetzt können wir aber noch ein paar Minuten warten, bis es vorliegt. –

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Gehring und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Aufklärung NSA-Spähaffäre und Aufnahme von Edward Snowden in Deutschland", Drucksache 17/51, liegt vor. Es wurde wie folgt abgestimmt: Mit Ja haben 14 gestimmt, mit Nein 125, Stimmenthaltungen gab es 16. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit haben wir die Tagesordnung erledigt. Ich bedanke mich bei allen, die ausgeharrt haben, und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend. Denjenigen, die zum Empfang des Jagdverbandes gehen, wünsche ich "Waidmannsheil".

(Schluss: 17.50 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.01.2014 zu Tagesordnungspunkt 9: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Aufklärung NSA-Spähaffäre und Aufnahme von Edward Snowden in Deutschland (Drucksache 17/51)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert			X	Gibis Max		X	
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			X
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güll Martin		X	
Bauer Volker				Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann				Heckner Ingrid		X	
Blume Markus		X		Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans		X	
Brannekämper Robert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herz Leopold			X
von Brunn Florian		X		Hiersemann Alexandra		X	
Brunner Helmut				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Celina Kerstin	X			Holetschek Klaus		X	
				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dettenhöfer Petra		X		Huber Erwin		X	
Dorow Alex				Dr. Huber Marcel		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Dürr Sepp				Huber Thomas		X	
				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eck Gerhard		X		Huml Melanie		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X					
Eisenreich Georg		X		Imhof Hermann			
Fackler Wolfgang		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X				
Fehlner Martina		X		Kamm Christine	X		
Felbinger Günther			X	Kaniber Michaela		X	
Flierl Alexander		X		Karl Annette		X	
Dr. Förster Linus		X		Kirchner Sandro		X	
Freller Karl		X		Knoblauch Günther		X	
Füracker Albert		X		König Alexander		X	
				Kohnen Natascha		X	
Ganserer Markus	X			Kränzle Bernd			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Dr. Kränzlein Herbert			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja			X
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	14	125	16